

Dirty Profits











Deutsche Kurzfassung



Wie Banken und Unternehmen von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung profitieren

Mit ihren Transaktionen unterstützt die Finanzbranche Unternehmen, die von Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen profitieren. Damit macht sie sich mitschuldig an der Zerstörung von Lebensgrundlagen und Ökosystemen. Deshalb sind verbindliche und umfassende Regeln für Investoren zwingend notwendig, um derartige Missstände zu beenden.

Die TOP-TEN Finanzdienstleister, die von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung profitieren

BNP Paribas	13.323	
Deutsche Bank	9.590	
ING	6.528	
Allianz	5.105	
UniCredit	5.086	
Commerzbank	1.996	
DZ Bank	1.432	
DekaBank	780	
KBC	421	
Munich Re	230	

Dirty Profits – Milliardengewinne auf Kosten der Menschenrechte

Seit Jahrzehnten versuchen Unternehmen ihnen zur Last gelegte Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen mit wohlformulierten CSR-Richtlinien und Programmen zu begegnen. Da diese Richtlinien aber bewusst selektiv formuliert und freiwilliger Natur sind, tragen sie bislang wenig dazu bei, Menschen- und Umweltrechtsverletzungen zu vermeiden.

Auch die deutsche Finanzbranche versucht seit Jahren, ihr Image zu verbessern. Alle führenden deutschen Finanzinstitute haben sich mittlerweile dazu verpflichtet, Umwelt- und Menschenrechte zu schützen und informieren regelmäßig über ihr Engagement im sozialen und ökologischen Bereich.

Relativ wenig erfährt man hingegen über die konkreten Verstrickungen der deutschen Finanzindustrie mit Unternehmen und Geschäftsmethoden, die Umwelt- und Menschenrechtsschutz mit Füßen treten.

Der Dirty Profits Bericht belegt eindeutig, dass die Finanzbranche trotz anders und schön klingender Selbstverpflichtungen noch immer in großem Stil Unternehmen und Geschäftsmodelle unterstützt, die Umweltstandards und Menschenrechte missachten.

Fakt ist auch: Derart unreguliert verdient es sich offenbar völlig ungeniert – und dies gilt sowohl für Banken als auch für Unternehmen. Der vorliegende Bericht Dirty Profits belegt, dass allein im Jahr 2011 die 28 analysierten Unternehmen 1,22 Billionen Euro umsetzten und dabei mit ihren teilweise sehr fragwürdigen Geschäftsmethoden Nettogewinne in Höhe von über 106 Milliarden Euro erzielten, dies natürlich nicht nur auf Basis von Menschen- und Umweltrechtsverletzungen. Der Report zeigt ferner, dass die 16 ausgewählten europäischen Finanzdienstleister im Untersuchungszeitraum (seit Anfang 2010) von Geschäftsbeziehungen zu den 28 analysierten Unternehmen in einer Größenordnung von mehr als 44 Milliarden Euro profitiert haben. Allen voran die BNP Paribas und die Deutsche Bank, gefolgt von ING sowie Allianz und UniCreditGroup.

Dadurch, dass die Finanzbranche mit ihren Transaktionen Unternehmen unterstützt, die in Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen verstrickt sind, macht sie sich mitschuldig an der Zerstörung von Lebensgrundlagen und Ökosystemen.

Wahr ist zudem: Während die Finanzbranche für sich und ihre Kunden satte Profite einstreicht, gehen die Menschen in den rohstoffreichen, aber dennoch häufig sehr armen Länder des Südens, in Afrika, Asien und Südamerika, meistens leer aus.

Insbesondere Rohstoffunternehmen und die Rüstungsindustrie tangieren mit ihren Geschäftsmodellen Menschenrechte und tragen deshalb eine besondere Verantwortung. Dirty Profits zeigt, dass gerade in diesen Sektoren grundlegende Prinzipien wie Menschen- und Arbeitsrechte, Gesundheit und Sicherheit, Vereinigungsfreiheit, Schutz der Privatsphäre, Armutsbekämpfung und Bildung verletzt werden. Auch häufig vorkommende Korruption behindert und belastet immer stärker die soziale und wirtschaftliche Entwicklung von Gemeinschaften.

Dabei verstoßen die Unternehmen mit ihren Projekten und Geschäftspraktiken sehr häufig auch gegen etablierte internationale Normen und Standards (wie z.B. die OECD-Richtlinien, die Allgemeinen Menschenrechte, Millenniums-Erklärung der VN, etc.).

Das NRO-Bündnis FACING FINANCE fordert vor diesem Hintergrund Finanzdienstleister dazu auf, verbindliche Konzepte in Bezug auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit ein- bzw. umzusetzen, um damit möglichen negativen Auswirkungen ihrer Investitionen und unternehmerischen Entscheidungen auszuschließen.

Finanzdienstleister sind zudem aufgefordert, klare Ausschlusskriterien für Geschäftsmethoden, die international etablierte Normen missachten, festzulegen. Sie sollten dementsprechend nicht in Unternehmen investieren, die (völkerrechtswidrige) Waffen herstellen, klimaschädigende Kohle- und Ölprojekte fördern, die Umwelt zerstören, fundamentale Arbeits- und Menschenrechte missachten oder in Korruption und Steuerhinterziehung verstrickt sind.

UN-Generalsekretär Ban-Ki-moon sagte einmal, dass sich Wirtschaftsunternehmen und Investoren im höchsten ethischen Maße zu unternehmerischer Nachhaltigkeit und Verantwortlichkeit verpflichten müssen. Wie Recht er damit hat, zeigt der Dirty Profits Bericht.

Dirty Profits – Wie deutsche Finanzdienstleister in Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen verstrickt sind

Nr. 1 Deutsche Bank 9,590 Mrd. €

Der deutsche Bankenprimus hat in den letzten Jahren an die 20 Selbstverpflichtungen zum Thema Umwelt- und Menschenrechtsschutz unterzeichnet wie z.B. den UN Global Compact oder die UN Principles for Responsible Investment.

Auf die Finanzierungspraxis haben sich diese Erklärungen bisher jedoch kaum ausgewirkt. Die Deutsche Bank unterhält Geschäftsbeziehungen zu 26 der 28 in diesem Report untersuchten kontroversen Unternehmen. Sie schreckt dabei nicht einmal vor der Finanzierung von Unternehmen zurück, die bei Finanzdienstleistern wie dem Norwegischen Pensionsfonds bereits auf dem Index stehen. Dazu gehören z.B. der Bergbaubetrieb Rio Tinto oder diverse Rüstungsfirmen (s.u.).

Bergbau: Der Bergbaukonzern Rio Tinto ist der drittgrößte Uranproduzent der Welt und betreibt u.a. Uranminen in Australien und Namibia. Mit gravierenden Folgen wie radioaktiver Belastung des Trinkwassers und erhöhter Hintergrundstrahlung. Die Minenarbeiter und die lokale Bevölkerung leiden überdurchschnittlich oft unter Hautausschlägen, Nieren- und Lungenkrankheiten sowie verschiedenen Krebsarten.

Unter den Deutsche Bank-Kunden finden sich weitere, u.a. von RepRisk als kontrovers bezeichnete Problemfirmen aus diesem Sektor wie Anglo American, Glencore oder BHP Billiton (mehr zu diesen Firmen bei UniCreditGroup und Commerzbank).

Rüstung: Nach Angaben der Deutschen Bank verbietet seit 2008 eine hausinterne, unveröffentlichte Richtlinie die direkte Finanzierung von Streumunition. Aufgrund massiver NRO-Kampagnen hat die Deutsche Bank im November 2011 erklärt, sich komplett aus der Finanzierung von Streumunitionsherstellern zurückziehen zu wollen. Die aktuellen Rechercheergebnisse belegen jedoch, dass die Deutsche Bank v.a. über die Sparte Vermögensverwaltung weiterhin in Streumunitionshersteller investiert ist. Darüber hinaus hat sie unlängst einen Kredit an Lockheed Martin vergeben, die nachweislich Streumunition herstellen¹.

Des Weiteren unterhält die Deutsche Bank Geschäftsbeziehungen zu vielen führenden Atomwaffenherstellern und finanziert Rheinmetall – das Unternehmen, das Hunderte Panzer an Länder wie Saudi-Arabien und Indonesien liefern will, die Menschenrechtsstandards missachten.

Elektronik: Obwohl sich die Deutsche Bank über den UN Global Compact zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet, unterhält sie Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen, die fundamentale Arbeitsrechtsnormen missachten. Aktuellstes Beispiel ist der Elektronikkonzern Samsung, der unlängst einräumen musste, dass bei chinesischen Zulieferern exzessiv Überstunden geleistet werden.

¹ Die Deutsche Bank selbst rechtfertigt ihre anhaltenden Geschäftsbeziehungen mit Streumunitionsherstellern wie folgt: „Ausnahmen werden nur in zwei Fällen eingeräumt: es besteht bereits eine Kreditlinie und es käme daher zum Vertragsbruch oder ein Kunde hat uns schriftlich versichert, dass die Produktion nach Beendigung eines laufenden Vertrages eingestellt wird. Unser Asset Management setzt Richtlinien und Prozesse ein, die konsistent mit der Herangehensweise der Deutschen Bank Gruppe sind, allerdings gibt es eine Übergangszeit aufgrund des treuhänderischen Charakters der Geschäftsstruktur“ (Brief der Deutschen Bank an urgewald vom 13.7.2012). Andere Finanzdienstleister sind da deutlich konsequenter und haben die Geschäftsbeziehungen zu Streumunitionsherstellern konsequent beendet, inkl. Vermögensverwaltung.

Nr. 2

Allianz

5,105 Mrd. €

Die Allianz SE ist gemessen an ihrem Umsatz der weltgrößte Versicherungskonzern und ein wichtiger Finanzdienstleister. Über die Geschäftssparte „Asset Management“ verwaltet der Allianzkonzern Vermögen für Privatpersonen und institutionelle Anleger wie Pensions- und Investmentfonds. Und als solcher ist er auch in ökologisch und sozial sensitive Sektoren investiert. So hält der Allianz-Konzern Aktien und Anleihen an 24 der untersuchten 28 Unternehmen.

Bergbau: Vale ist der zweitgrößte Konzern Brasiliens und weltweit der zweitgrößte Bergbaukonzern. In der nunmehr 60-jährigen Firmengeschichte finden sich kontinuierlich Berichte von Menschenrechtsverstößen, miserablen Arbeitsbedingungen und massiver Umweltverschmutzung. Insgesamt wurden gegen Vale bereits über 100 Gerichtsverfahren und über 150 Untersuchungen eingeleitet. Die meisten davon standen im Zusammenhang mit Arbeitsrechtsverstößen. Momentan beteiligt sich Vale am Bau des umstrittenen Belo-Monte-Megastaudamms im Amazonas. Das Projekt steht in der Kritik, weil dafür über 40.000 Menschen umgesiedelt werden müssen, den Betroffenen bisher jedoch kaum Mitspracherechte oder Entschädigungen eingeräumt werden. Für den Staudamm muss eine Fläche der Größe des Bodensees geflutet werden, was gravierende Folgen für die lokale Flora und Fauna und die Lebensgrundlagen der dort lebenden indigenen Gemeinden hat.

Neben Vale hält die Allianz auch Aktien und Anleihen an fast allen anderen in diesem Bericht vorgestellten Bergbauunternehmen wie Anadarko, Anglo American, Barrick Gold, BHP Billiton oder Rio Tinto.

Rüstung: Die Allianz verfügt bisher über keine konzernübergreifende Richtlinie, die ihre Anlagekriterien im Rüstungsbereich regelt. Als Reaktion auf negative Medienberichterstattung verkündete Allianz Global Investors Europe Anfang 2011 lediglich, dass Aktien von Unternehmen, die Streumunition herstellen, künftig nicht mehr in ihren Publikumsfonds vertreten sein würden. Diese Richtlinie gilt jedoch nicht für den außereuropäischen Markt. Die Recherchen dieser Studie zeigen, dass Allianz-Töchter in den USA und in Großbritannien noch immer Aktien an Streumunitionsherstellern halten, allen voran an Lockheed Martin. Dass Konzerne wie Lockheed Martin oder auch EADS Atomwaffen herstellen, stellt für die Allianz offenbar kein Problem dar: „Atomwaffenproduzenten hat die Allianz nicht explizit ausgeschlossen, da sie ein politisch gewollter und mehrheitlich akzeptierter Bestandteil der Verteidigungsstrategie des westlichen Bündnisses sind“, heißt es dazu aus der Allianz-Zentrale². Es gibt jedoch staatliche Investoren, wie das Norwegische Finanzministerium, die Hersteller von Atomwaffen als inakzeptabel betrachten.

Elektronik: Ähnlich wie die Deutsche Bank ist die Allianz zudem in den Elektronikhersteller Samsung investiert, dem u.a. aktuell die Verletzung fundamentaler Arbeitnehmerrechte bei seinen Zulieferern vorgeworfen wird.

2 zit.n.: Antwortbrief der Allianz-Zentrale auf Anfrage zur Verstrickung der Allianz in Atomwaffenproduzenten.

Nr. 3

UniCreditGroup/HypoVereinsbank

5,086 Mrd. €

Jahrelang galt die Hypovereinsbank als Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit unter den deutschen Großbanken. Neben der Unterzeichnung der üblichen internationalen Selbstverpflichtungen entwickelte sie als erste einzelne Richtlinien für sensible Sektoren. 2008 wurde, bereits unter dem Dach der UniCreditGroup, eine ambitionierte „Rüstungsrichtlinie“ verabschiedet. Weitere Leitlinien zum Atomsektor und Menschenrechtsfragen folgten.

Doch die Finanzierungspraxis der UniCreditGroup/HypoVereinsbank zeigt, dass auch dieses Bankhaus kaum Ausschlusskriterien kennt und zahlreiche Problemfirmen zu seinen Kunden zählt. So unterhält die Bank Geschäftsbeziehungen zu 23 der 28 hier untersuchten Unternehmen.

Bergbau: Zum Kundenkreis der UniCreditGroup gehören besonders umstrittene Bergbaubetriebe, wie der oben beschriebene Konzern Glencore oder auch BHP Billiton.

BHP Billiton gehört u.a. zu einem Konsortium, das die weltgrößte und hoch umstrittene Kohle-Tagebauminerale El Cerrejón in Kolumbien betreibt. El Cerrejón steht in Kolumbien für Vertreibung, Zwangsumsiedlung, Luftverschmutzung und massive Vernichtung von Ackerflächen durch Kohleförderung. Um neue Kohlevorkommen zu erschließen, will El Cerrejón aktuell gegen den Protest der lokalen Bevölkerung und indigenen Gemeinden den wichtigsten Fluss der Region über 30 km hinweg umleiten. Während das Unternehmen Milliardengewinne einfährt und nicht um finanzielle Rückendeckung durch Banken wie die UniCreditGroup fürchten muss, bangt die Lokalbevölkerung in Kolumbien um ihr Trinkwasser.

Zu den besonders fragwürdigen Kunden der UniCreditGroup zählt ferner das britisch-indische Bergbauunternehmen Vedanta. Der Konzern ist bekannt dafür, weltweit Gesetze zu missachten. Eine indische Vedanta-Tochter errichtete z.B. eine Aluminiumhütte, die zu massiver Waldzerstörung, Gewässerverschmutzung und Vertreibung führte. Doch damit nicht genug. Für die Gewinnung von Bauxit will Vedanta indigene Heiligtümer und Kulturstätten zerstören. 2010 wurde dieses Vorhaben auf der Grundlage unabhängiger

Expertengutachten ob der gravierenden Auswirkungen auf die indigene Gemeinschaft der Dongria Kondh vorerst gestoppt. Andere Investoren wie der Norwegische Pensionsfonds oder die Kirche von England haben Vedanta längst aus ihrem Portfolio gestrichen. Die UniCreditGroup jedoch hält an diesem Skandalkunden fest und hat noch im Mai 2011 Anleihen im Wert von 130 Mio. € für das Unternehmen ausgegeben.

Rüstung: Beim Thema Rüstung war die UniCreditGroup mit der Verabschiedung einer fortschrittlichen Waffenrichtlinie 2008 ein Vorreiter unter den privaten Großbanken. Inzwischen hat sie die eigene Waffenrichtlinie wieder abgeschwächt. Während ursprünglich alle Unternehmen auf dem Index standen, die kontroverse Waffensysteme herstellen oder damit handeln, beschränkt sich das Verbot mittlerweile – wie bei den anderen Großbanken – nur noch auf konkrete Transaktionen mit kontroversen Waffen wie ABC-Waffen o.ä.. Bei Streumunition bezieht sich das Verbot de facto auch auf die Unternehmen selbst. Der Investmentarm der UniCreditGroup, Pioneer Investment, fühlt sich an diese Vorgabe der Mutter jedoch nicht gebunden: Pioneer ist aktuell weiter in Streumunitionsherstellung wie Alliant Techsystems, General Dynamics und L-3 Communications investiert. Weitere Kunden der UniCreditGroup im Bereich Rüstung sind umstrittene Firmen wie Heckler & Koch, EADS und Rheinmetall (vgl. dazu auch den Abschnitt Deutsche Bank).

Elektronik: Ähnlich wie die Deutsche Bank und die Allianz unterhält auch die UniCreditGroup Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen, die fundamentale Arbeitsrechtsnormen missachten.

Aktuellstes Beispiel ist auch hier der Elektronikkonzern Samsung, der unlängst einräumen musste, dass bei chinesischen Zulieferern massiv Überstunden geleistet werden.

Nr. 4

Commerzbank

1,996 Mrd. €

Die Commerzbank hat die inzwischen üblichen internationalen Selbstverpflichtungen wie den UN Global Compact unterzeichnet. Darüber hinaus hat sie in den letzten Jahren zahlreiche eigene Richtlinien für bestimmte, besonders sensible Sektoren verabschiedet und veröffentlicht wie z.B. für Menschenrechte, Rüstungsgeschäfte, fossile Energien oder Bergbau. Die Rechercheergebnisse belegen jedoch, dass es den eigenen Richtlinien in der Praxis häufig an Reichweite mangelt. Konkret unterhält die Commerzbank Geschäftsbeziehungen zu 16 der untersuchten 28 Unternehmen in dieser Studie.

Bergbau: Ein besonders umstrittener Kunde der Commerzbank ist der Rohstoffhändler und Bergbaugigant Glencore. Glencore konzentriert seinen Bergbau auf Weltregionen, die für andere Bergbaufirmen aus Imagegründen bisher tabu sind. Geschätzt befinden sich etwa 70 Prozent der Glencore-Produktionsstätten in politisch brisanten Ländern wie Kolumbien, Kasachstan, Äquatorialguinea und Demokratische Republik Kongo. Zudem gibt es Berichte über Kinderarbeit und massive Gewässerverschmutzung in den Produktionsstätten in der DR Kongo. In Kolumbien läuft eine Untersuchung des Rechnungsprüfungshofes, wonach Glencore den Staat bei Bergbau-Lizenzen übervorteilt hat.

Auf der Liste der Commerzbank-Kunden findet sich des Weiteren die Problemfirma Anglo American, die im Konsortium mit weiteren Unternehmen die umstrittene Kohlemine El Cerrejón in Kolumbien betreibt (vgl. dazu Abschnitt UniCreditGroup).

Rüstung: Seit 2008 verfügt die Commerzbank über eine Rüstungsrichtlinie, die die Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern in Krisen- und Spannungsgebiete verbietet sowie die Finanzierung „kontroverser“ Waffen wie Streumunition oder ABC-Waffen ausschließt. Diese Richtlinien bezieht sich jedoch ausschließlich auf direkte Exportgeschäfte in Krisengebiete und konkrete Transaktionen mit kontroversen Rüstungsgütern. Allgemeine Unternehmenskredite oder das Halten von Aktien und Anleihen an Herstellern dieser Güter sind nicht verboten. Die aktuellen Rechercheergebnisse offenbaren Geschäftsbeziehungen zwischen der Commerzbank und Atomwaffenherstellern wie z.B. EADS sowie zum Unternehmen Rheinmetall, das Hunderte Panzer an Länder wie Saudi-Arabien und Indonesien liefern will, die Menschenrechtsstandards missachten.

→ Barbara Happe & Thomas Küchenmeister

Anhang

Finanzgeschäfte mit kontroversen Unternehmen

Beteiligungen (in Millionen €)

Unternehmen	Allianz		Argenta		BayernLB		BNP Paribas		Commerzbank		DekaBank
	Aktien	Anleihen	Aktien	Anleihen	Aktien	Anleihen	Aktien	Anleihen	Aktien	Aktien	Anleihen
Alpha Natural Resources	12,78	15,36					1,37	4,52	1,39	0,02	
Anadarko Petroleum Corporation	64,31	274,70	0,18		0,07		20,44	0,56	3,90	3,02	
Anglo American	111,78	197,97	0,43		0,09	0,45	14,96	7,63		46,57	9,80
Alliant Techsystems	65,05	10,53						0,62			
Barrick Gold Corporation	266,94	230,87			0,05		9,76	0,05	12,01	37,44	
BHP Billiton	220,84	220,10	2,86		0,70		78,66	12,69	0,92	81,19	
Coca-Cola Company	233,44	46,62	0,39		0,39		93,23		80,42	33,36	
Drummond Company											
EADS	72,05	2,07					1,92	3,87	168,67	45,54	9,76
ENI	102,87	21,36	2,08	1,28	0,79	1,05	1.343,99	33,72	134,35	124,03	22,12
Flextronics International	0,10						7,16		0,07	0,55	
General Dynamics	15,39						2,04		5,89	0,35	
Glencore International	7,06	6,14	0,44			0,20	1,90	1,04		0,22	
Hennes & Mauritz (H&M)	124,49		2,52		0,11		37,69			8,67	
Hanwha Corporation											
Heckler & Koch											
Hon Hai Precision Industry	18,48	1,96					13,78	0,70		4,23	
L-3 Communications	18,56	7,45					0,25	10,40	1,78	0,06	
Lockheed Martin	243,40	4,69					2,60		5,73	0,88	
Paladin Energy		0,54									
Rheinmetall	13,96						8,32			11,37	0,45
Rio Tinto	336,03	209,21	1,62		0,20		92,68		0,99	118,23	0,77
Samsung Electronics	398,47		1,39				430,88		5,73	18,35	
Royal Dutch Shell	694,31	85,07	3,32		0,99		606,12	3,00	16,16	188,62	0,20
Textron	14,45	8,47					1,02		1,87	0,09	
Vale	278,00	417,33					293,13	10,02	8,86	8,77	1,00
Vedanta Resources	4,29	7,86	0,10					2,85		0,02	1,93
Wilmar International							0,95	0,25			1,93
Anzahl Unternehmen	24		11		10		24		16		23
Gesamtwert	3.317	1.768	15	1	3	2	3.063	92	449	732	48

Quelle:

PROFUNDO – Dirty Profits, Report on companies and financial institutions benefiting from violations of human rights.
A research paper prepared for FACING FINANCE, 10 November 2012.

Finanzierungen I (Ausgabe von Aktien und Anleihen in Millionen €)

Unternehmen	BNP Paribas		Commerzbank		Deutsche Bank		ING		UniCredit	
	Aktien	Anleihen	Aktien	Anleihen	Aktien	Anleihen	Aktien	Anleihen	Aktien	Anleihen
Alpha Natural Resources						8,84				
Anadarko Petroleum Corporation		19,16			84,95	237,03				
Anglo American		267,97		281,26						
Alliant Techsystems										
Barrick Gold Corporation		31,33				31,33				
BHP Billiton		721,48				7,52		488,62		481,10
Coca-Cola Company		464,92				1.158,37				
Drummond Company										
EADS										
ENI		479,09								409,09
Flextronics International										
General Dynamics										
Glencore International	1.053,26	402,31	118,56			312,50	118,56	402,31		
Hennes & Mauritz (H&M)										
Hanwha Corporation										
Heckler & Koch										
Hon Hai Precision Industry										
L-3 Communications						221,39				
Lockheed Martin										
Paladin Energy										
Rheinmetall			98,57		98,57	166,67			98,57	166,67
Rio Tinto		726,70				665,20				
Samsung Electronics										
Royal Dutch Shell										
Textron										
Vale		328,13				312,87				
Vedanta Resources										129,67
Wilmar International										
Anzahl Unternehmen		9		3		10		2		4
Gesamtwert	1.053	3.441	217	281	184	3.122	119	891	99	1.187

Quelle:

PROFUNDO – Dirty Profits, Report on companies and financial institutions benefiting from violations of human rights.
A research paper prepared for FACING FINANCE, 10 November 2012.

Finanzierungen II (Kredite in Millionen €)

Unternehmen	Allianz	BNP Paribas	Commerzbank	Deutsche Bank	DZ Bank	ING	KBC	KfW	UniCredit
Alpha Natural Resources				17,10					
Anadarko Petroleum Corporation		421,52		444,50		210,60			
Anglo American		166,67	166,67						
Alliant Techsystems		21,62							
Barrick Gold Corporation		231,34		124,82		106,52			
BHP Billiton		2.892,73		243,28		2.114,16			1.996,00
Coca-Cola Company									
Drummond Company		39,24							
EADS		93,75	93,75	93,75	93,75	93,75		93,75	93,75
ENI		490,91							490,91
Flextronics International		124,84							
General Dynamics									
Glencore International	20,49	756,11	700,12	756,11	20,49	1.051,38			425,51
Hennes & Mauritz (H&M)									
Hanwha Corporation									
Heckler & Koch									
Hon Hai Precision Industry						102,50			
L-3 Communications				50,67					
Lockheed Martin				71,92					
Paladin Energy									
Rheinmetall			88,31	88,31					88,31
Rio Tinto		187,17		187,17					
Samsung Electronics									
Royal Dutch Shell									
Textron				101,14					
Vale		78,88		78,88	17,30				
Vedanta Resources									
Wilmar International		169,51		29,73		81,47	57,08		
Anzahl der Unternehmen	1	13	4	13	3	7	1	1	5
Gesamtbetrag in Millionen €	20	5.674	1.049	2.287	131	3.760	57	94	3.094

Quelle:

PROFUNDO – Dirty Profits, Report on companies and financial institutions benefiting from violations of human rights.
A research paper prepared for FACING FINANCE, 10 November 2012.

Impressum

Edition:

Thomas Küchenmeister (V.i.S.d.P), FACING FINANCE,
Schönhauser Allee 141, Haus 3, D-10437 Berlin

Autoren und Recherchen:

Amani Mhinda (Tansania)
Barbara Happe
Barbara Kuepper, Profundo (Niederlande)
Bertchen Kohrs (Namibia)
Donata Wojcik
Grzegorz Piskalski
Jan Schulz
Jan Willem van Gelder, Profundo (Niederlande)
Jenni Roth
Joeri de Wilde, Profundo (Niederlande)
Julia Dubsloff
Kathrin Petz
Kentebe Ebiaridor (Nigeria)
Klaus Röhrig
Krzysztof Kutra
Leen Schmücker
Martin Péan
Nikoletta Pagiaty
Petra Spaargaren, Profundo (Niederlande)
Ruth Vaughan Witt
Samuel Mondlane
Thomas Küchenmeister

Lektorat:

Jenny Williams, Ruth Vaughan Witt

Layout:

Ole Kaleschke, www.olekaleschke.de

Titelfoto:

Thomas Herget protestiert auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Bank gegen das Investment in Hersteller von Streumunition.
Foto: Lukas Einsele, 31. Mai 2012

Herausgeber:

FACING FINANCE, www.facing-finance.org

FACING FINANCE Mitgliedsorganisationen:

Solidaritätsdienst-international e.V.
urgewald e.V.
EarthLink e.V.
FairFin
CentrumCSR.PL
JA! Justiça Ambiental



Diese Publikation wurde mit Unterstützung der Europäischen Union hergestellt. Für den Inhalt tragen einzig die Herausgeber die Verantwortung; er reflektiert nicht notwendig die Ansichten der Europäischen Union.

Gefördert durch:

**Brot
für die Welt**

Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

Gefördert durch:

Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED),
und grassroots foundation

Danksagung:

Alan Pike
Alexandra Huck, Kolko e.V.
Audrey Gallet
Berne Declaration
Bertchen Kohrs
Chantal Peyer, Brot für alle
China Labour Watch
Christoph Richter
ERA
FDCL
Haki Madini
Kent Kessinger
Kirstin Kraft, Allgemeine Zeitung
Rettet den Regenwald e.V.
SACOM
Sarah Günther
Sean Rudolph, Raise the Bar, Hershey!
Sebastian Rötters, FIAN
Stephan Suhner, AG Schweiz Kolumbien
SWR Report Mainz
WEED

earthlink
people & nature network

FAIRFIN
meer dan geld

**FUNDACJA
CENTRUMCSR.PL**



SODI!

urgewald